

Pressemitteilung vom 29. Mai 2015

## **G7-Länder wollen pseudo-nachhaltiges Wachstum – BUND Sachsen wachsende Nachhaltigkeit.**

Seit Mittwoch debattieren die Finanzminister der G7-Staaten in Dresden über Themen der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es gehe um einen „offenen Dialog“ und „nachhaltiges Wachstum“ und um die Vorbereitung des Treffens der G7-Staatschefs im Juni in Bayern. Aus Sicht des BUND gibt es auch und gerade im internationalen Wirtschafts- und Finanzwesen jenseits der allgegenwärtigen Wachstumsfragen einiges zu beraten. Denn wenn sich die G7-Länder treffen, dann treffen sich auch die Länder, die historisch für den meisten CO<sub>2</sub>-Ausstoß verantwortlich sind, von denen die meisten Rohstoffe ausgebeutet und weiter verbraucht werden, deren Mobilitäts- und Konsumverhalten mitnichten nachhaltig ist und zur negativen Blaupause für den gesamten Planeten zu werden droht.

„Was wäre, wenn die Finanzminister nicht über pseudo-nachhaltiges Wachstum, das am Ende doch unsere Lebensgrundlagen zerstört, sondern wachsende Nachhaltigkeit debattieren würden?“ fragt Prof. Dr. Felix Ekardt, Nachhaltigkeitsforscher und Vorsitzender des BUND Sachsen. „Wachstum ist meist nicht nachhaltig. Wächst beispielsweise der Agrarsektor durch noch mehr Fleischkonsum weltweit, so bedeutet das mehr Klimagasemissionen, mehr Artensterben, mehr gesundheits- und bodenschädliche Stickstoffemissionen und stärker belastete Gewässer. Nachhaltig leben und wirtschaften bedeutet, dass diese Lebensform dauerhaft durchgehalten und weltweit praktiziert werden kann. Davon sind wir weit entfernt. Wenn schon Wachstum, dann bei grünen Technologien wie erneuerbaren Energien. Sie und auch ein Gebäudesanierungsprogramm wären Wachstumsmotoren für die erneuerbare Energiewirtschaft und die Bauwirtschaft und würden Arbeitsplätze schaffen und erhalten, weit mehr als die in Sachsen so verehrte Braunkohle.“

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, dass sich Staatsfonds wie beispielsweise Rentenfonds aus der Investition in fossile Energieträger oder umweltschädliche Industrien verabschieden. Dies wäre eine Idee, welche die sieben Finanzminister ihren Regierungschefs für das Juni-Treffen mitgeben könnten. Ekardt: „Ein Schritt Richtung staatliches nachhaltiges Wirtschaften wäre, Finanzkrisen endlich durch grünes Wachstum etwa bei den erneuerbaren Energien statt durch noch mehr Naturzerstörung zu bekämpfen. Doch auch mit solchen zentralen Schritten der Energiewende gibt es in einer physikalisch endlichen Welt kein unendliches Wachstum. Auf die Zeit nach dem Wachstum muss man sich vorbereiten. Bisher hängen nämlich Staatshaushalt, Rentenversicherung oder Arbeitsmarkt teilweise vom Wachstum ab. Hier über Alternativkonzepte zu reden, wäre tatsächlich eine lohnende Aufgabe für die G7-Finanzminister.“

### **Pressekontakt:**

Prof. Dr. Felix Ekardt, Tel. 0341-492 77 866, [felix.ekardt@bund-sachsen.de](mailto:felix.ekardt@bund-sachsen.de)